

Traktandum 5

Stadtblatt Bülach – Beitrag von jährlich 50'000 Franken befristet auf die Jahre 2020 – 2023

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, er wolle beschliessen:

1. Ein jährlicher Beitrag von 50 000 Franken für das Stadtblatt wird genehmigt.
2. Dieser Beitrag ist befristet auf die Jahre 2020 bis 2023. Im Jahr 2023 erfolgt eine Neubeurteilung des städtischen Beitrags.
3. Der jährliche Betrag von 50'000 Franken wird jeweils im Budget der Erfolgsrechnung eingestellt (Produkt MD-02.2 Kommunikation, Kst. 02030 Information und Kommunikation).

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Eintretensdebatte

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der RPK vor.

Die Kommission Bevölkerung & Sicherheit empfiehlt das Geschäft mehrheitlich mit nachfolgendem Änderungsantrag zur Annahme:

Änderungsantrag Komm. Bevölkerung & Sicherheit (mehrheitlich):

Degressive Reduzierung des Betrages um jeweils Fr. 5'000.- jährlich (auf 45'000.-, dann auf 40'000.-, dann 35'000.- etc.). Der entsprechende jährliche Betrag soll jeweils im Budget der Erfolgsrechnung eingestellt werden.

Begründung: Die Fachkommission anerkennt einstimmig den Bedarf an einem gedruckten Mitteilungsblatt, welches alle Bewohner erreicht. Die Mehrheit der Kommission besteht jedoch auf einer Eigenwirtschaftlichkeit, welche durch den Verleger angestrebt wird, als zwingend. Deshalb soll der Unterstützungsbeitrag laufend um jeweils Fr. 5'000.- ab zweitem Finanzierungsjahr reduziert werden.

Die RPK empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrags.

Nicht beschlussrelevante Bemerkungen der RPK

Die RPK sieht aufgrund der vorliegenden Zahlen keine wirtschaftliche Tragfähigkeit des Stadtblattes im heutigen schwierigen Umfeld der Printmedien. Es muss deshalb befürchtet werden, dass eine Subvention seitens der Stadt Bülach ein Dauerzustand werden würde. Zwar ist es eine Aufgabe der

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Stadt, die Bevölkerung zu informieren – dies wird per Gesetz heute über die städtische Homepage gemacht sowie über die designierten Medien. Es ist also nicht Aufgabe der Stadt, zusätzliche Printmedien zu finanzieren. Zudem würde ein Präzedenzfall für ähnlich gelagerte Anliegen geschaffen, den die RPK nicht gutheissen kann.

Britta Müller-Ganz, Referentin der Kommission Bevölkerung & Sicherheit, führt aus: „Die Fachkommission Bevölkerung & Sicherheit hat Antrag und Weisung intensiv diskutiert. Die Meinungen waren sehr divers zum Antrag des Stadtrates das Stadtblatt Bülach während einer befristeten Zeit von vier Jahren finanziell zu unterstützen.

Grundsätzlich sieht die Kommission, dass ein gewisses Bedürfnis in der Bevölkerung besteht für ein Mitteilungsblatt, das aktuell 14-täglich gratis in alle Haushalte von Bülach verteilt wird. Auch die private Initiative von Andreas Nievergelt wird begrüsst. Kritisch sieht die Fachkommission jedoch, dass die Stadt dieses Mitteilungsblatt finanziell unterstützen soll. Wie der Stadtrat bereits in seiner Begründung schreibt, muss es das Ziel des Mitteilungsblattes sein, selbsttragend zu sein. Dies gegebenenfalls auch, indem die Leser einen finanziellen Betrag leisten. Frühere Initiativen zur finanziellen Unterstützung von Mitteilungsblättern sind bereits zweimal vom Gemeinderat bzw. vom Volk abgelehnt worden. Weiter ist auch zu bedenken, dass der Zürcher Unterländer und die Unterland Zeitung ohne Subventionen im Wettbewerb stehen. Die Fachkommission schlägt einen Kompromiss und Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrates vor, den sie mehrheitlich unterstützt: Das Stadtblatt wird im ersten Jahr 2020 mit einem Beitrag von 50'000, im zweiten Jahr 2021 mit 45'000, im dritten Jahr 2022 mit 40'000 und im vierten Jahr mit 35'000 Franken unterstützt. Dieser Änderungsantrag betrifft:

- Ziffer 1. Damit wäre im Gegensatz zum stadträtlichen Antrag die Unterstützung degressiv um 5'000 Franken abnehmend und nicht fix bei jährlich 50'000 Franken.
- Ziffer 2 bleibt unverändert.
- Ziffer 3 würde wie folgt lauten: Der entsprechende jährliche Betrag wird jeweils im Budget der Erfolgsrechnung eingestellt (Produkt MD-02.2 Kommunikation, Kst. 02030 Information und Kommunikation).“

Daniel Wülser, teilt mit, dass eine Minderheit der Kommission Bevölkerung & Sicherheit diesen Kürzungsantrag nicht unterstütze. Dieser Antrag sei kleinkariertes und bünzlihaftes Getue, insbesondere wenn man sehe, dass die Gemeinde Winkel für ihr Dorfblatt über 60'000 Franken ausgabe. Vor 10 Jahren seien es sogar noch mehr gewesen. Die Stadt Bülach habe mittlerweile über 21'000 Einwohner. Davon hätten das amtliche Publikationsorgan, welches 455 Franken pro Jahr koste, gerade mal noch 23%, was ca. 2'000 von mittlerweile bald 11'000 Haushalten entspreche. Über 8'000

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Haushalte dagegen würden das Stadtblatt erhalten und so darüber informiert, was vor ihrer Haustüre passiert – kostenlos und bequem alle zwei Wochen. Wochenblätter hätten eine gute, nachhaltige Resonanz bei den Lesern und zudem Mehrfachkontakte. Der Staat habe auch eine Bring- und nicht nur eine Holschuld gegenüber dem steuerzahlenden Bürger, was Informationen betreffe – auch in Printform. Wenn man sehe, wer diesen Stadt- und Gemeinderat gewählt habe, dann seien das überwiegend über 55-Jährige und diese stünden halt immer noch auf ein Stadtblatt. Das Stadtblatt sei eine private Initiative und versuche selbsttragend zu sein. Dazu könnte, sofern die Stadt Bülach mithilfe, auch eine Verlags- und Vertriebsorganisation aufgebaut werden. Mögliche Kontakte zu Verlegern und potentiellen Anzeigekäufern bestünden und könnten rasch aktiviert werden. Für die Stadt Bülach gelte es auch unter Berücksichtigung eines Wegbrechens der Lokalzeitung „Zürcher Unterländer“ (es sei schliesslich nicht garantiert, dass es diese immer als Tageszeitung geben werde) eine aktive Kommunikation mit der stetig wachsenden Bevölkerung zu pflegen. Dabei erhalte ein Print-Produkt eine deutlich höhere Beachtung als eine Online-Kommunikation. Die entsprechenden Online-Gefässe könnten ebenfalls in Kooperation mit anderen Organisationen aufgebaut werden. Für die Stadt Bülach gebe es keine günstigere Möglichkeit, eine breite Information der Bevölkerung sicherzustellen. Dies zeigten unter anderem auch die Produktionskosten von Gemeindezeitungen umliegender Gemeinden. Was aber mit Sicherheit aufhören müsse bei einer Finanzierung, seien Flyer wie jener, der für die „Stadt-Werkstatt Kultur- und Begegnungszentrum“ in jeden Haushalt verschickt wurden. Ein solcher Versand koste bis zu 2'000 Franken. Solche Dinge könne man bequem auf der Rückseite des Stadtblatts publizieren. Wenn man solche Flyer-Versände nur 2- bis 3-mal pro Jahr nicht mache, hätte man diese 5'000 Franken bereits herausgeholt. Der Unterstützungsbeitrag werde jedes Jahr ins Budget genommen. So könne man auch jedes Jahr, wenn man mit Andreas Nievergelts Arbeit nicht zufrieden sein sollte, diesen Beitrag streichen. Er könne diesem bünzlichen und kleinkarierten Kürzungsantrag nicht zustimmen.

Stadtpräsident Markt Eberli berichtigt, dass der Stadtrat schon eine gewisse Rechtssicherheit gewährleisten möchte und die finanzielle Unterstützung für vier Jahren gelten solle.

Markus Surber, Referent der RPK, informiert, dass die RPK das Geschäft kontrovers diskutiert habe. Auf der einen Seite anerkenne man, dass das Stadtblatt Bülach für einen gewissen Teil der Bevölkerung tatsächlich einen Mehrwert darstelle. Auf der anderen Seite hätte sich der Steuerzahler bereits mehrere Male dagegen ausgesprochen, ein solches Blatt finanziell zu subventionieren. Die RPK habe das Gefühl, dass dieses Projekt, dieses Blatt, 20 Jahre zu spät gekommen sei. In den 90er Jahren hätte das vielleicht noch eine Zukunft gehabt, aber heute, wo die meisten Printmedien online gingen und aufhörten zu printen, fände die RPK, dass es ein wenig quer in der Landschaft liege.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Wenn man den Businessplan anschaut, sieht man zudem auch nicht, wie das Stadtblatt jemals eigenständig bestehen könnte. Deshalb sei die RPK mehrheitlich zum Schluss gekommen, dass sie die Subvention von 50'000 Franken pro Jahr nicht unterstützen könne.

Fraktionserklärungen

Thomas Obermayer teilt mit, dass die **SVP/-EDU-Fraktion** das Bedürfnis nach einem Informationsblatt anerkenne. Die Eigenwirtschaftlichkeit werde aber in Frage gestellt, denn es sehe so aus, als sei von Anfang an mit der Unterstützung der Stadt gerechnet worden. Doch genau dieser Punkt, nämlich die Eigenwirtschaftlichkeit sei für die SVP/EDU-Fraktion ein klares Ziel. Aus diesem Grund werde folgender Änderungsantrag eingereicht:

Änderungsantrag der SVP/EDU-Fraktion

1. Das Stadtblatt wird folgendermassen unterstützt:
 - 2020 mit 50'000 Franken
 - 2021 mit 40'000 Franken
 - 2022 mit 30'000 Franken
 - 2023 mit 20'000 Franken
2. Eine Option auf Verlängerung oder sonstige Subventionierungsvarianten ist ausgeschlossen.
3. Ab 2021 erscheint das Stadtblatt wöchentlich.

Werner Oetiker führt namens der **SP** aus: „Wir haben das Thema sehr kontrovers diskutiert.“

Positive Punkte:

- Stadtblatt wird in alle Haushaltungen in Bülach gratis verteilt.
- Insbesondere die stark wachsenden Neuzuzüger können so gut erreicht werden.
- Die Stadt hat Interesse daran, dass die Einwohner über Bülach gut orientiert sind.
- Vereine (u.a. Sport und Kultur) haben eine günstige Plattform, um Inserate zu schalten.
- Veranstaltungskalender zum Aufhängen.

Negative Punkte:

- Private Zeitungen sollen nicht subventioniert werden.
- Stadtblatt erscheint nur alle 2 Wochen.
- Printmedien haben keine Zukunft.
- Verlagerung auf Internet.
- Inserate sind stark rückläufig.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

- Wirtschaftliche Tragfähigkeit nicht gegeben.

Fazit: Die Auflistung zeigt, dass es nicht einfach war, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Trotzdem erachtet eine Mehrheit, dass das Stadtblatt einen guten Nutzen für die Stadt Bülach ist. Die Fraktion wird deshalb mehrheitlich dem Antrag der Kommission Bevölkerung und Sicherheit zustimmen."

Dominik Kleiber namens der EVP: „Über ein Infoblatt, eine Quartierzeitung oder einen sonstigen Bülacher Informationskanal haben wir schon oft und lang diskutiert. Jetzt liegt ein Antrag für die Unterstützung – oder eben eine Subventionierung – eines zweiwöchentlich erscheinenden Print-Mediums vor. Das ist ein guter Kompromiss und doch schütteln jetzt viele aus unterschiedlichsten Gründen den Kopf: Auf Papier – in welchem Jahrhundert leben wird denn?! Reicht es nicht, dass die Zeitung nur einmal im Monat erscheint? Oder umgekehrt: Wenn es nur alle 14 Tage erscheint, ist es nicht mehr aktuell genug für die Informationen und die stadträtlichen Mitteilungen.

Fakt ist, dass das Bülacher Stadtblatt, so wie es heute vorliegt, nicht kostendeckend ist. Wir fragen uns aber, ob es denn kostendeckend sein muss. Andere Städte und Gemeinden in der Umgebung geben deutlich mehr aus für ihr Dorfblatt.

Natürlich könnte man all diese Informationen auch auf die Website der Stadt Bülach aufschalten. Diese Website ist auch ganz in Ordnung – ich habe bisher immer alles gefunden, was ich gesucht habe. Aber wenn ich ehrlich bin, muss es mir schon sehr langweilig sein, dass ich mich einfach so auf dieser Website umschaue und mich hier verweile. Das letzte Mal war das an einem Nachmittag, als ich eigentlich die Steuererklärung hätte ausfüllen müssen... Das ist zwar etwas weit hergeholt, aber ein lokales Publikationsorgan ist wertstiftend, nicht nur bei der älteren Generation, welche noch keine Smartphones besitzt. Bei uns zu Hause liegt das „Blättli“ zuerst auf dem Küchentisch, dann auf dem Salon-Tischli und kommt erst einige Tage (oder Wochen) später zum Altpapier. Bis dahin habe ich es aber sicherlich schon dreimal durchgeblättert und die Fotos angeschaut.

Bülach wächst, man lebt anonym und kennt die Nachbarschaft nicht mehr gut. Nun möchte man die Quartierbildung fördern und da ist doch auch ein solch lokales Publikationsorgan wertstiftend und eigentlich unbezahlbar. Und genau deshalb unterstützt die EVP den Antrag des Stadtrats für eine finanzielle Unterstützung des Stadtrats für die kommenden vier Jahre."

Fredy Schmid namens der **FDP-Fraktion**: „Das Wort Stadtblatt Bülach hat für Insider eine ziemlich zwiespältige Vergangenheit, ob vom Stadtrat als Stadtmagazin oder vom Frauenverein aufgegriffen, das Ende war spätestens nach einer Urnenabstimmung besiegelt.

Die Ausgangslage heute ist eine andere: Andreas Nievergelt hat das Stadtblatt in der heutigen Form als Unternehmer angestossen und die Zeitung kommt mittlerweile bei den regelmässigen Lesern gut an.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Doch nach seinen Aussagen musste er aufgrund roter Zahlen von wöchentlich auf zweiwöchentlich umstellen. Aber auch dieser massive Eingriff reicht nicht für das Überleben (zu viele unbezahlte Beiträge, zu wenig Inserate und andere fehlende Erträge und Einnahmen).

Den vom Stadtrat vorliegenden Antrag verstehen wir darum als „Anschubleistung“ und Aufbauhilfe bis Andreas Nievergelt als Unternehmer das Stadtblatt zu einer erfolgreichen Institution in Bülach entwickelt. Das Erreichen der in Antrag und Weisung aufgeführten Ziele bezüglich Informationsplattform ist aus unserer Sicht realistisch. Grundsätzlich tun wir uns schwer mit dieser Art von Subvention, trotzdem wollen wir für einen Kompromiss Hand bieten. Darum lehnen wir den Antrag der RPK ab. Wir unterstützen mehrheitlich eine Beteiligung der Stadt über die 4 Jahre mit degressivem Beitrag bei zweiwöchentlicher Erscheinung und reichen folgenden Änderungsantrag ein:

Änderungsantrag der FDP-Fraktion

1. Das Stadtblatt wird folgendermassen unterstützt:
 - 2020 mit 50'000 Franken
 - 2021 mit 40'000 Franken
 - 2022 mit 30'000 Franken
 - 2023 mit 20'000 Franken
2. 14-tägiges Erscheinen.

Bei dieser Subventionsvariante ist die Herausforderung des Unternehmers Andreas Nievergelt, weitere Einnahmequellen zu finden (Gewerbe, Industrie, Handel, Banken, Private, andere).

Offensichtlich haben noch nicht alle Unternehmen, KMUs und selbständig Erwerbende die Vorteile eines zweiwöchentlich in allen Haushalten erscheinenden Stadtblattes erkannt. Wir wünschen Andreas Nievergelt viel Erfolg in seiner Herausforderung."

Detailberatung

Daniel Wülser möchte klarstellen, dass man das Nein bei der Stadtblatt-Abstimmung vor über vier Jahren nicht mit dem jetzigen Beitrag vergleichen könne. Damals sei es um mehr als 100'000 Franken und um eine Hochglanzausgabe mit nur monatlicher Erscheinungsweise gegangen. Nun gehe es um lediglich 50'000 Franken.

Nadja Naegeli: „Die Medienbranche ist schon lange Zeit mein berufliches Zuhause. Erst war ich beim Verband Schweizer Medien tätig, wo ich gesehen habe, wie insbesondere kleine Zeitungen ums Überleben kämpfen und wo mir jedes Jahr beim Erstellen des Mitgliederverzeichnisses verdeutlicht

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

wurde, wie viele von ihnen diesem Kampf nicht gewachsen waren. Seit 10 Jahren arbeite ich nun für Tamedia. Ich habe die Schliessung von Druckereien, die Einstellung von Online-Plattformen, den Verkauf von Magazinen und schlussendlich die Entlassung von hunderten von Mitarbeitenden kommunikativ begleitet. Erlaubt mir daher meine Wortmeldung.

Ja, eine Zeitung für Bülach würde auch ich mir wünschen. Es ist mir bewusst, dass das Geschehen in unserer Stadt in der Berichterstattung der etablierten Zeitungen – auch denen meines Arbeitgebers – oft zu kurz kommt. Und auch ich finde es wünschenswert, wenn Vereine eine Plattform haben und ihre Neuigkeiten verbreiten können. Es stellt sich aber die Frage, ob es Sache der Stadt ist, eine solche Zeitung oder ein Infoblatt zu finanzieren. Das Stadtblatt hatte von Anfang an ein Konzept, das nicht funktionieren kann. Denn es funktioniert bei keiner einzigen Zeitung in der Schweiz mehr. Und ja, man kann jetzt sagen, dass es sich beim Stadtblatt nicht um eine Zeitung im eigentlichen Sinn handelt, sondern eher um ein Infoblatt. Das kann ich gelten lassen. Die Voraussetzungen sind aber die gleichen: es ist ein mit Inseraten finanziertes Druckerzeugnis. Und wie ich eingangs erwähnt habe funktioniert das schon seit bald 20 Jahren nicht mehr richtig. Anzeigen bleiben aus, weil die Inserenten lieber günstige Online-Inserate schalten, die sie erst noch zielgruppengerecht aussteuern können. Und die Leserinnen und Leser sind sowieso nur noch selten bereit, für journalistische Inhalte zu bezahlen. Und journalistische Inhalte liefert das Stadtblatt ja zu meinem Leidwesen nicht mal. Ich habe im Vorfeld der Sitzung mit vielen Leuten diskutiert und wir hatten auch in der Fraktion kontroverse Gespräche. Und in jedem der Gespräche lautete das Fazit, dass die Beiträge der Stadt auch nicht ausreichen, um das Stadtblatt zu retten. Dass Print keine Zukunft hat. Dass für mehr Anzeigen ein Wunder geschehen muss. Liebe Kolleginnen und Kollegen: mit solchen Äusserungen sagt ihr es ja eigentlich selbst! Wenn das Stadtblatt gerettet werden soll müsste das Geschäftsmodell radikal umgestellt werden. Und das ist schwierig. Denn nicht mal die wirklich grossen Medienhäuser wie Ringier, die NZZ oder Tamedia sind sich sicher, wie sie mit der digitalen Transformation umgehen sollen. Und ich kann nicht für alle sprechen, aber wenn es einfach wäre, mit lokalen Print-News Geld zu machen, hätte Tamedia das längst getan. Doch auch wir sind gescheitert. Die Vertreter des Zürcher Unterländer können euch erzählen, wie gespart werden muss und wie es ist für eine Zeitung zu arbeiten. Sie erleben hautnah, wie schwierig die Zeiten sind.

Aus all diesen Gründen kann ich einem Beitrag an das Stadtblatt nicht zustimmen. Ihr werft bei einer Zustimmung Geld zum Fenster hinaus. Wir diskutieren heute noch das Budget und werden dort dann wieder hören, dass die Stadt zu viel Geld ausgibt. Ihr könntet hier ein Zeichen setzen."

René Anthon findet es bemerkenswert und wichtig, was Nadja Naegeli gesagt hat. Niemand in diesem Saal sei der Überzeugung, dass dieses „Blättchen“ überleben könne. Darum fordere die SVP auch, dass es mit einer finanziellen Unterstützung nach vier Jahren fertig sei. Wichtig sei einfach, dass, wenn man jetzt Geld gebe, auch ein Gegenwert daraus resultieren müsse. Dieser Gegenwert solle für den

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Steuerzahler sein, dass er die Zeitung wöchentlich erhalte. Und wenn dies für Andreas Nievergelt nicht umsetzbar sei, werde er von alleine zum Schluss kommen, dass das, was Nadja Naegeli gesagt habe, die Zukunft sei und es nicht ohne Subventionen funktionieren werde. Der Antrag der SVP zielt daher darauf hin, dass es dringend sei, dass das Blatt wöchentlich erscheine und der Bürger somit einen Gegenwert habe, wenn die Stadt schon Geld spreche.

Romaine Rogenmoser möchte für ihr Votum den Hut der RPK-Präsidentin aufsetzen. Die RPK müsse die Geschäfte ja nach finanzieller und sachlicher Angemessenheit prüfen. Und mit dem der RPK vorgelegten Businessplan werde nicht schlüssig dargelegt, wie das Stadtblatt jemals „zum Fliegen“ komme werde. Und als Gewerblerin frage sie sich, wieso man Geld ausgabe für einen Wirtschaftsförderer und Wirtschaftsförderung betreibe und im Gegenzug etwas finanziere, unter dem andere Gewerbler leiden müssten. Ketzerisch wolle sie auch fragen, wer von den Gemeinderäten in dieser Sache eigene Interessen in den Vordergrund stellen würde, weil sie von verschiedenen Seiten angegangen worden seien, dass es schlimm sei, wenn es das Stadtblatt nicht mehr geben würde. Das Problem hier sei, dass diese Gemeinderäte nur von Leuten angegangen worden seien, die dieses Heftchen interessiere und von allen, die es ungelesen ins Altpapier werfen, eben nicht. Und all jene, die den Klimanotstand ausrufen wollen, dürften hier sowieso nicht „ja“ stimmen.

Frédéric Clerc teilt mit, dass man als FDP-Mitglied in dieser Frage gespalten sei, wenn es um Subventionen gehe. Trotzdem habe er einen Input, der vielleicht zum Denken anrege. Für Kultur gebe die Stadt auch Subventionen. Was wäre jetzt, wenn man das Stadtblatt unter Kultur abwickeln würde. Dann würde dies mit den Subventionen wieder ganz anders aussehen. Und zum Punkt, den Romaine Rogenmoser erwähnt habe. Die „Kantine“ konkurrenzieren auch einheimisches Gewerbe und der Gemeinderat habe trotzdem Subventionen gesprochen. Es wäre eine widersprüchliche Geschichte, wenn man jetzt beim Stadtblatt sage, eine Finanzierung sei nicht möglich und an anderen Stellen aber schon.

Dr. Luís Manuel Calvo Salgado erklärt, dass es auch innerhalb seiner Fraktion unterschiedliche Meinungen gebe. Da seien z.Bsp. diejenigen, die das Problem in den Vordergrund stellten, dass nicht alle Zugang zu elektronischen Medien hätten und so nicht viel vom Alltagsleben in Bülach mitbekämen. Andere, wie er, würden den Umweltschutz in den Vordergrund stellen bzw. den Papierverbrauch dieser Zeitung. Er werde sich darum der Stimme enthalten. Er sehe hier aber auch grundsätzlich das Problem, dass zwei Begriffe vermischt würden. Im Budget sei das Stadtblatt ursprünglich nicht unter Kultur aufgeführt gewesen, sondern unter Wirtschaftsförderung. Entweder wüssten diejenigen, die es gemacht haben nicht, was Kultur ist oder sie wüssten nicht, was Wirtschaftsförderung ist. Auf jeden Fall stelle sich die Frage, was mit dem Blatt ursprünglich geplant

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

gewesen sei. Ob es Wirtschaftsförderung oder Kultur gewesen sei. Vielleicht könne hier Mark Eberli aufklärend wirken.

Stadtpräsident Mark Eberli räumt ein, dass es am falschen Ort budgetiert sei. Richtig wäre es unter „Kommunikation“. Er stelle bei dieser Diskussion zudem fest, dass der Tenor ein „ja, aber...“ sei. Die meisten umliegenden Gemeinden hätten ein eigenes Mitteilungsblatt, welches sie auch finanziell unterstützten. Er sei der Meinung, dass man so günstig wie jetzt kein Mitteilungsblatt, das alle Haushalte erreiche und den Vereinen eine Plattform biete, erhalte. Er bitte den Rat daher, dem zuzustimmen.

Nadja Naegeli möchte wissen, ob es zur Leserschaft des Stadtblatts Erhebungen gebe, bzw. wie deren Struktur aussehe. Sonst würde die Stadt mit diesem Geld besser ihre Website aufwerten. Sie habe älter Mitglieder (über 70jährige) in ihrer Fraktion, die noch fit seien und etwas auch digital lesen würden, wenn es in Printform nicht vorhanden wäre.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Stadtpräsident Mark Eberli antwortet Nadja Naegeli, dass es keine derartigen Erhebungen gebe.

Dr. Luís Manuel Calvo Salgado ist noch nicht ganz klar was passieren würde, wenn der alleinige Herausgeber aus irgendeinem Grund für längere Zeit ausfallen sollte. Ob das Stadtblatt dann verschwinden würde oder ob es für einen solchen Fall eine Stellvertretung gebe.

Stadtpräsident Mark Eberli erwidert, dass eine Stellvertretung geplant sei, wenn der Betrag gesprochen werde.

Fredy Schmid hat am Samstag das Interview mit dem Stadtpräsidenten im Zürcher Unterländer gelesen und er habe sich dabei zwei Fragen gestellt: Ob der Stadtrat in corpore informiert und einverstanden gewesen sei mit diesem Plädoyer für das Stadtblatt oder ob es sich doch nur um 1/7 desselben handelte. Und ob dieses Plädoyer zwei Tage vor der Gemeinderatssitzung ein Fingerzeig zuhanden des Gemeinderats gewesen sei. Er habe versucht das herauszufinden, es sei ihm aber bis jetzt noch nicht gelungen.

Stadtpräsident Mark Eberli antwortet, dass ihm die Fragen vom Zürcher Unterländer gestellt worden seien. Fredy Schmid könne seine Fragen im Anschluss gerne Daniela Schenker stellen. Das Interview sei jedenfalls nicht seine Idee gewesen. Klar sei aber auch, dass wenn der Stadtrat einen Antrag für ein Stadtblatt mache, er dazu stehe und das Ganze unterstütze – alles andere wäre komisch.

René Anthon fügt an, dass in diesem Interview gefragt worden sei, ob der Stadtrat Alternativen geprüft habe wie z.Bsp. den Zürcher Unterländer. Diese Frage sei von Mark Eberli verneint worden. Dieser sage jetzt aber, dass man so günstig wie mit dem vorliegendem Antrag nicht mehr zu einem Stadtblatt kommen werde. Aber, wenn man den Zürcher Unterländer nicht angefragt habe, könne man doch gar nicht sagen, dass dieser für diese 50'000 Franken nicht auch eine doppelseitige Beilage nur für die Einwohner von Bülach machen würde. Er frage sich aufgrund dieses Interviews schon, ob dieses Geschäft überhaupt richtig vorbereitet worden sei.

Julia Pfister erwähnt, dass sie für das Unternehmen, bei dem sie beschäftigt ist, oft Werbung in Zeitungen aufgabe. Die Tamedia sei dabei sehr teuer. Teurer als andere Zeitungen. Ausserdem gebe es bereits auch eine App des Stadtblatts. Sie lese es jedenfalls nur in dieser App. Andreas Nievergelt sei auf dem richtigen Weg und sie sei der Meinung, dass es gut komme.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Cornelia Brizza hat sich in den umliegenden Gemeinden umgehört und teilt mit, dass diese viel höhere Subventionen hätten. Das Stadtblatt Bülach sei wirklich eine gute und günstige Lösung.

Frédéric Clerc möchte in den Ausstand treten, weil er regelmässig eine Kolumne für das Stadtblatt schreibt und dafür ein Entgelt bekommt.

Die Vorsitzende teilt mit, dass man das beim Bezirksrat abgeklärt habe. Es sei nicht nötig, in den Ausstand zu treten, wenn man eine Kolumne schreibe.

Thomas Obermayer ist da anderer Meinung. Er fände es fair und korrekt, wenn diese Ratsmitglieder in den Ausstand treten würden. Und wenn sie das von sich aus wollen, sollen sie dies tun dürfen und zwar geschlossen - alle drei. Auch wenn seine Partei dadurch eine Stimme verliere.

Romaine Rogenmoser findet, dass man sehr wohl direkt betroffen sei, wenn man eine finanzielle Entschädigung erhalte.

Die Vorsitzende fragt nach, ob aus dem Rat ein Antrag betreffend Ausstand gestellt wird.

Peter Frischknecht möchte von sich aus in den Ausstand treten und findet, dass wenn alle betroffenen Ratsmitglieder in den Ausstand treten würden, es dafür auch keinen Antrag mehr bräuchte.

Laura Hartmann und **Frédéric Clerc** teilen mit, dass sie ebenfalls nicht an den Abstimmungen teilnehmen werden und in den Ausstand treten.

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Abstimmungen

In den Ausstand getreten sind: Peter Frischknecht, Laura Hartmann und Frédéric Clerc; somit sind 24 Ratsmitglieder stimmberechtigt.

Gegenüberstellung aller Anträge

- **Antrag Stadtrat:**
 - Unterstützung mit jährlich 50'000 Franken. 3 Stimmen
 - **Antrag Kommission Bevölkerung & Sicherheit:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährlich 5'000 Franken. 6 Stimmen
 - **Antrag SVP-/EDU-Fraktion:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährl. 10'000 Franken,
keine Verlängerung oder Subventionierung,
ab 2021 wöchentliches Erscheinen. 11 Stimmen
 - **Antrag FDP-Fraktion:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährlich 10'000 Franken,
14-tägiges Erscheinen. 3 Stimmen
- Enthaltungen 2 Stimmen

Die Abstimmung wird aufgrund von Unstimmigkeiten bei der Auszählung (mehr Stimmen als Stimmberechtigte) für ungültig erklärt und wiederholt.

Wiederholung der Abstimmung: Gegenüberstellung aller Anträge

- **Antrag Stadtrat:**
 - Unterstützung mit jährlich 50'000 Franken. 3 Stimmen
 - **Antrag Kommission Bevölkerung & Sicherheit:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährlich 5'000 Franken. 6 Stimmen
 - **Antrag SVP-/EDU-Fraktion:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährl. 10'000 Franken,
keine Verlängerung oder Subventionierung,
ab 2021 wöchentliches Erscheinen. 8 Stimmen
 - **Antrag FDP-Fraktion:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährlich 10'000,
14-tägiges Erscheinen. 3 Stimmen
- Enthaltungen 4 Stimmen

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 9. Dezember 2019

Romaine Rogenmoser erkundigt sich, ob Enthaltungen überhaupt erlaubt seien.

Die Vorsitzende teilt mit, dass dem so sei.

Am wenigsten Stimmen haben mit jeweils 3 Stimmen der Antrag des Stadtrats und der Antrag der FDP-Fraktion erhalten. Die Vorsitzende fragt den Rat an, ob er einverstanden damit ist, dass diese beiden Varianten ausscheiden, da sie am wenigsten Stimmen erhalten haben.

Der Rat ist damit einverstanden.

Somit verbleiben die Anträge der Kommission Bevölkerung & Sicherheit und der Antrag der SVP-/EDU-Fraktion zur Gegenüberstellung.

2. Abstimmung: Gegenüberstellung der verbleibenden Anträge

- **Antrag Kommission Bevölkerung & Sicherheit:**
 - Degressive Reduzierung des Betrags um jährlich 5'000 Franken. 10 Stimmen
 - **Antrag SVP-/EDU-Fraktion:**
 - Jährl. Reduzierung des Betrags um 10'000 Franken.-, keine Verlängerung oder Subventionierung, ab 2021 wöchentliches Erscheinen. 9 Stimmen
- Enthaltungen 5 Stimmen

Der Antrag der Kommission Bevölkerung & Sicherheit obsiegt mit 10 Stimmen.

Schlussabstimmung über den bereinigten stadträtlichen Antrag

Der Gemeinderat genehmigt den bereinigten Antrag des Stadtrats mit 12 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.